

Wie es nach dem Ja weitergeht

In der Energiepolitik werden Lenkungsabgaben und ein Umbau des Stromnetzes diskutiert

Bern. Die energiepolitischen Diskussionen sind mit dem Ja zum Energiegesetz nicht zu Ende. Das Parlament befasst sich bereits mit weiteren Hilfsmassnahmen für die Wasserkraft und möglichen Marktmodellen für die Zukunft.

Chancenlos ist der Vorschlag des Bundesrats für eine zweite Etappe der Energiestrategie: Der Nationalrat hat sich bereits dagegen ausgesprochen, das Nein des Ständerats in der nächste Woche beginnenden Sommersession gilt als Formsache.

Der Bundesrat wollte das System zur Förderung erneuerbarer Energien ab 2021 durch ein Lenkungssystem ablösen, das Klima- und Energielenkungssystem. Ein neuer Verfassungsartikel hätte es dem Bund ermöglicht, Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie eine Stromabgabe zu erheben. Zumindest in einer ersten Phase wollte der Bundesrat aber auf Treibstoffen keine Abgabe erheben. Der Vorschlag fand dennoch keine Unterstützung.

Die rechtsbürgerliche Seite favorisierte zwar einst Lenkungsabgaben gegenüber der Förderung, lehnt solche im aktuellen Marktumfeld nun aber ab.

Die linksgrüne Seite befürwortet Lenkungsabgaben zwar grundsätzlich, hält aber einen neuen Verfassungsartikel für unnötig, zumal eine Stromabgabe beim derzeitigen europäischen Stromüberschuss wenig sinnvoll erscheint.

Verbot fossiler Heizungen

Eine «Klimalenkungsabgabe» wiederum hat die Schweiz mit der CO₂-Abgabe bereits heute. Diese will der Bundesrat mit der Revision des CO₂-Gesetzes erhöhen: Der maximale Abgabesatz soll von heute 120 auf 240 Franken verdoppelt werden. Die Gesetzesrevision, die der Bundesrat im laufenden Jahr verabschieden dürfte, ist auch als zweites Massnahmenpaket zur Energiestrategie zu betrachten. Das Ziel ist es, den CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. Umstritten ist vor allem, welcher Anteil mit Massnahmen im Inland erreicht werden muss.

Für Diskussionen sorgen zudem die Heizungen: Für den Fall, dass die CO₂-Emissionen nicht genügend zurückgehen, will der Bundesrat fossile Heizungen ab 2029 verbieten können. Umstrit-

ten ist ferner, dass auf Benzin und Diesel weiterhin keine Abgabe vorgesehen ist.

Ebenfalls Teil der Energiestrategie ist das Gesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze, das bereits in der parlamentarischen Beratung ist. Es enthält eine Klausel, wonach Stromversorger Investitionen in Effizienzmassnahmen auf die Kunden abwälzen dürfen. Der Nationalrat befasst sich in der Sommersession mit der Vorlage. Seine vorbereitende Kommission schlägt nun vor, in diesem Rahmen weitere Massnahmen zur Stützung der Wasserkraft zu beschliessen: Verbraucher in der Grundversorgung sollen nur noch Strom aus Wasserkraft erhalten. Für die Wasserkraft wäre das eine faktische Abnahmegarantie, finanziert von den Haushalten und den KMU.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Stromkonzerne betreffen aber nicht nur die Wasserkraftwerke, sondern auch die AKW. Bereits wurde die Forderung nach einer Task-Force gegen ein «Stromgrounding» laut. Manche Unternehmen fordern eine CO₂-Abgabe auf «Dreckstrom», die den Atomstrom rentabler machen soll. Zur Debatte stehen

ferner Kapazitätsmärkte: Kraftwerkbetreiber sollen dafür entschädigt werden, dass sie Kapazitäten bereithalten, statt den Strom zu höchstmöglichen Preisen zu verkaufen. Für die Grundversorgung würde eine Konzession vergeben, um die sich Stromkonzerne bewerben könnten. Darin würde auch der Strommix festgelegt. Die Gespräche über ein solches Marktdesign sind in den Energiekommissionen in Gang.

Abkommen mit der EU

Das Bundesamt für Energie hat zu möglichen Modellen einen Bericht erstellt. Darin betont es, die Politik müsse vor allem entscheiden, was das Ziel sei – ob es primär um die Förderung erneuerbarer Energien oder die Unterstützung bestehender Kraftwerke gehe. Auch warnt es vor der Verletzung internationalen Rechts, wenn ausländische Produzenten benachteiligt werden.

Wie die Zukunft der Stromversorgung in der Schweiz aussieht, hängt schliesslich auch davon ab, ob das Stromabkommen mit der EU zustande kommt. SDA

Nachrichten

Rot-Grün dominiert die Waadtländer Regierung

Lausanne. Die Waadtländer Regierung bleibt rot-grün dominiert. Die Grüne Béatrice Métraux und die SP-Kandidatin Cesla Amarelle schafften gestern beim zweiten Wahlgang den Einzug in die Kantonsregierung. Der Kandidat der bürgerlichen Allianz, SVP-Nationalrat Jacques Nicolet, lag anfänglich auf dem zweiten Platz. Er fand vor allem in ländlichen Regionen Unterstützung. Nach Auszählung der Stimmen in den mehrheitlich rot-grünen Städten zog Amarelle jedoch an ihm vorbei. SDA

Berner verweigern Millionen für Asylhilfe

Bern. Der Kanton Bern muss bei der Betreuung minderjähriger Asylsuchender über die Bücher. Das Stimmvolk lehnte einen Asylsozialhilfekredit von 105 Millionen Franken für die Jahre 2016 bis 2019 mit 54,3 Prozent Nein ab. Der Grossteil des Kredites war für die spezifische Betreuung minderjähriger Asylsuchender vorgesehen. Diese «Luxuslösung» war von der SVP per Referendum bekämpft worden und wurde nun auch von der Mehrheit des Stimmvolks nicht goutiert. SDA

Das Wallis verkleinert seine Baulandreserven

Sitten. Der Kanton Wallis wird in den nächsten 15 Jahren die Baulandreserven um 1000 Hektaren oder 1400 Fussballfelder verkleinern, um die Zersiedelung zu bremsen. Die kantonale Umsetzung des Raumplanungsgesetzes ist gestern mit 72,79 Prozent angenommen worden. Die Walliser folgten damit dem Vorschlag der Kantonsregierung sowie der Mehrheit der grossen Parteien mit Ausnahme der SVP. SDA

Solothurner stellen sich hinter den Lehrplan 21

Solothurn. Im Kanton Solothurn kann der Lehrplan 21 wie geplant eingeführt werden. Die Stimmberechtigten haben eine Volksinitiative deutlich verworfen, die den umstrittenen Lehrplan verhindern wollte. Im Februar versenkten die Aargauer Stimmberechtigten eine ähnliche Initiative. Zuvor hatten die Stimmberechtigten in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau den Lehrplan-Gegnern eine Abfuhr erteilt. SDA

Die SP plant eine neue Krankenkassen-Initiative

Bern. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz will mit einer Volksinitiative die Krankenkassenprämien deckeln. Familien und Einzelpersonen mit tiefem Einkommen sollen so bei der obligatorischen Krankenversicherung stärker entlastet werden, wie die NZZ am Sonntag berichtete. Die sogenannte Prämien-Initiative soll von den SP-Delegierten der Partei im Juni offiziell verabschiedet werden. Ziel des Volksbegehrens ist es, die obligatorischen Beiträge an die Krankenversicherung auf höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens zu begrenzen. Bei einer Umfrage hatten sich jüngst 62 Prozent für ein solches Vorhaben ausgesprochen. SDA

Kehrichtgebühr im Tessin

Die Lega ist mit ihrem Referendum gescheitert

Bellinzona. Im Tessin gibt es künftig eine einheitliche Regelung bei der Müllgebühr. Dagegen hatte sich ein Teil der Lega mit einem Referendum gewehrt, das gestern Sonntag keine Chance hatte. Kantonsweit werden ab sofort eine jährliche Abgabe und zusätzlich ein Obolus für den einzelnen Kehrichtsack fällig. Für die Gesetzesänderung stimmten 53454 der Urnengänger, Nein sagten 38426.

Mit der Gesetzesänderung wird ein Teil der Bundesgesetzgebung zum Naturschutz in die kantonale Gesetzgebung übernommen. Rund die Hälfte der Kantonsbevölkerung musste in ihren Gemeinden bislang nur einen Basistarif oder gar keine direkte Abgabe für die Müllentsorgung bezahlen. Neu wird dieser Betrag nun abgesenkt, dafür aber eine zusätzliche Kehrichtsackgebühr erhoben. In Locarno beispielsweise soll der Basistarif von 201 Franken jährlich auf 100 Franken abgesenkt werden. Ein 35-Liter-Sack wird dann in allen Gemeinden zwischen 1.10 und 1.30 Franken kosten. Damit wird kantonsweit das Verursacherprinzip stärker berücksichtigt. Das Bundesgericht hatte diese Finanzierung mit einem Urteil im Jahr 2011 für alle Schweizer Gemeinden beschlossen.

Die flächendeckend eingeführte kombinierte Abgabe gilt bereits heute in 49 der 115 Tessiner Gemeinden. Für sie wird es laut Regierungsangaben deshalb nur minimale Änderungen mit dem neuen System geben.

Als einziger Kanton kennt derzeit Genf noch keine Kehrichtsackgebühr. Der Kanton will die Bundesvorgaben auf andere Weise erfüllen und dafür sorgen, dass 50 Prozent der Abfälle wiederverwertet werden können. SDA

Luzerner Nein zu höheren Steuern

Die Regierung muss ein neues Budget ausarbeiten

Luzern. Im Kanton Luzern müssen Regierung und Parlament die Staatsausgaben kürzen, um den Haushalt ins Lot zu bringen. Die Stimmberechtigten haben sich gegen Mehreinnahmen durch eine Steuererhöhung im Umfang von 64 Millionen Franken ausgesprochen. Die Erhöhung des allgemeinen Steuerfusses wurde mit 54,3 Prozent abgelehnt. Das Volk verweigert sich damit nach 2014 einer weiteren Steuererhöhung und korrigiert die bürgerliche Finanzpolitik von Regierung und Parlament.

Gegen die Erhöhung hatte die SVP das Referendum ergriffen. Der Kanton hat deshalb seit Anfang Jahr kein gültiges Budget. Er muss seine Ausgaben auf das Nötigste beschränken. Eine lange geplante Sanierung der Zentral- und Hochschulbibliothek etwa musste sistiert werden, auch Bücher kann er nur beschränkt anschaffen.

Der budgetlose Zustand wird nun weiter verlängert, weil der Regierungsrat jetzt einen neuen, auf dem tieferen Steuerfuss beruhenden Voranschlag ausarbeiten muss. Es werde zu einem Kahlschlag kommen, der die sozial Schwächeren am härtesten und den Mittelstand stärker als die Reichen treffen werde, warnte die Kantonsregierung im Vorfeld der Abstimmung.

Die abgeschmetterte Steuerfusserhöhung war Teil eines Entlastungspaketes mit 150 Massnahmen, das der Kantonsrat im Dezember 2016 beschlossen hat. Mit ihr hätten wegfallende Einnahmen aus dem Nationalen Finanzausgleich kompensiert werden sollen. Der Kanton erhält weniger Geld aus dem Finanzausgleich, weil er mit Steuersenkungen seine Finanzkraft verbessern konnte. SDA

Sprachen-Initiative in Zürich gescheitert

Primarschüler lernen weiterhin zwei Fremdsprachen

Zürich. Die Zürcher Volksschüler werden auch in Zukunft Englisch und Französisch in der Primarschule lernen. Das Stimmvolk hat eine Initiative der Lehrerverbände abgelehnt, welche die zweite Fremdsprache in die Oberstufe verbannen wollte. Das Verdikt fiel deutlich aus: 60,8 Prozent der Stimmbeteiligten sprachen sich gegen die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» aus.

Mit diesem Entscheid bestätigte das Zürcher Stimmvolk seine Haltung. 2008 hatte es sich deutlich für das Harnos-Konkordat ausgesprochen, welches die Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe regelt. Bereits 2006 war die Beibehaltung der zweiten Fremdsprache in der Primarstufe an der Urne klar angenommen worden.

Erst Englisch, dann Französisch

Anders als vor elf Jahren standen diesmal aber verschiedene Lehrerverbände hinter der Initiative. Angeführt vom Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband machten sie sich für einen Systemwechsel stark. Mit dem heutigen System seien die Schüler überfordert und die Lernziele würden nicht erreicht. Die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP), Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, zeigte sich sehr erfreut. Das Resultat sei ein Bekenntnis zur Vielsprachigkeit, sagte sie. «Ich bin sehr erleichtert, dass uns eine riesige Reform im Bildungsbereich erspart bleibt.»

Heute beginnen die Zürcher Volksschüler mit der ersten Fremdsprache – Englisch – in der zweiten Klasse. Französisch kommt als zweite Fremdspra-

che ab der fünften Klasse dazu. Die Initianten verlangten, dass die zweite Fremdsprache in der Zürcher Volksschule erst in der Oberstufe eingeführt wird – dafür mit mehr Lektionen.

Sie waren der Ansicht, dass die Kinder so nach neun Jahren Schulzeit trotzdem auf dem gleichen Wissensstand seien wie mit dem heutigen System. Regierungsrat und Kantonsrat lehnten die Initiative ab. Das Zürcher Bildungssystem würde nach unten nivelliert. Sie befürchteten, dass das «beliebte» Frühenglisch und nicht Französisch geopfert würde.

Nächster Test im Kanton Luzern

Welche der beiden Fremdsprachen hätte verschoben werden sollen, liessen die Initianten offen. Diese politische heikle Frage hätte der Zürcher Bildungsrat lösen müssen. Der Regierungsrat hatte aber bereits früh klar gemacht, dass Französisch als erste Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet werden sollte.

Das Thema ist derzeit hochaktuell: Erst Anfang Monat hatte das Thurgauer Kantonsparlament entschieden, den Französischunterricht in die Sekundarstufe zu verschieben. Der Zürcher Ausgang habe vielleicht Signalwirkung auf andere Kantone, etwa den Thurgau, sagte Silvia Steiner. «Er ist ein besonderes Bekenntnis für Harnos.»

Die Nidwaldner Stimmbevölkerung hatte sich im März 2015 mit 61,7 Prozent Stimmenanteil für das Beibehalten der zwei Fremdsprachen an der Primarschule ausgesprochen. Im Kanton Luzern wird im September über eine ähnliche Initiative wie jene in Zürich abgestimmt. SDA

ANZEIGE

diga
möbel

KÜCHENFESTIVAL

20. Mai – 3. Juni

- ✓ 12% + 5% auf alle Küchen
- ✓ Gratis Technik Upgrade
- ✓ Massgeschneiderte Planungen
- ✓ Trends und neuste Küchentechnik
- ✓ Verlängerte Garantie auf 5 Jahre
- ✓ Gratis Lieferung und Montage

JETZT PROFITIEREN!

1023 Crissier/VD	8854 Galgenen/SZ	4133 Pratteln/BL
8953 Dietikon/ZH	1763 Granges-Paccot/FR	9532 Rickenbach b. Wil/TG
8600 Dübendorf/ZH	4614 Hägendorf/SO	
6032 Emmen/LU	3421 Lyssach/BE	Info-Service 055 450 55 55

I d'iga muesch higa!



Gratis Küchen-Bauherrenseminare:

- 22. Mai in Hägendorf/SO
- 23. Mai in Dübendorf/ZH
- 29. Mai in Rickenbach b. Wil/TG
- 31. Mai in Galgenen/SZ

Infos und Anmeldung unter www.diga.ch